

Laibacher Zeitung.



Nr. 8.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 11. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst dr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1873.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Stephan v. Privitzer, Emil Schick und Dr. Theodor Schuloff die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Erste Wiener Einspänner-Betriebsgesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Franz Rückauf und Franz Klusatschek die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Concrete-Material-Baugesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Den 9. Jänner 1873 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das II. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 7 den Handels- und Schiffsabzugsvertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Königreiche Portugal vom 13. Jänner 1872. (Abgeschlossen zu Lissabon am 13. Jänner 1872, von Sr. k. und k. Apostolischen Majestät ratificiert zu Wien am 18. October 1872 und in den beiderseitigen Ratificationen ausgewechselt zu Lissabon am 30. November 1872.)

(Dr. Jtg. Nr. 7 vom 9. Jänner.)

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die Bourparles über die Wahlreformfrage werden in maßgebenden Kreisen fortgesetzt. Die „Neue Freie Presse“ meldet: „Fast man alles, was bisher über die Feststellung der Ziffern für die einzelnen Länder bekannt geworden ist, zusammen, so ergibt sich, daß die Anzahl der direct zu wählenden Abgeordneten in allen Ländern, mit Ausnahme Galiziens und des Küstenlandes, ziemlich festgestellt ist. Diese Ziffer beträgt für Niederösterreich 35, eventuell 36 (gegenwärtig 18), für Oberösterreich 16 (gegenwärtig 10), für Salzburg 4 (gegenwärtig 3), für Tirol 17 (gegenwärtig 10), für Vorarlberg 3 (gegenwärtig 2), für Steiermark 21 (gegenwärtig 13), für Kärnten 8 (gegenwärtig 5), für Krain 10 (gegenwärtig 6), für Triest 3 (gegenwärtig 2), für Böhmen 90 (gegenwärtig 54), für Mähren 34 (gegenwärtig 22), für Schlesien 11 (gegenwärtig 6), für die Bukowina 8 (gegenwärtig 5) und für Dalmatien 8 (gegenwärtig 5).“

Die „Deutsche Ztg.“ schreibt: „Die Wahlreform betreffend, wird heute von officiöser Seite mitgeteilt, daß das Ministerium, um die Schlussredaction der Vorlage möglichst zu beschleunigen und dieselbe bis zur Eröffnung des Reichsrathes zu Ende zu bringen, aus seiner Mitte ein engeres Comité gebildet hat, bestehend aus den Ministern Lasser, Banhans und Chlumetzky, welches sich mit der Ueberprüfung der nahezu täglich aus Abgeordnetenkreisen einlaufenden und auf die einzelnen Länder bezüglichen Detail-Operate beschäftigt. Auf dem letzteren Wege ist neuerdings auch die Zahl der Abgeordneten für Steiermark, die Bukowina und Triest festgestellt worden. Steiermark soll 21, die Bukowina 8 und Triest 3 Abgeordnete erhalten. Zwei der letzteren soll wie bisher die Stadt, einen die Handelskammer wählen.“

Ein Correspondent der „Tagespresse“ berichtet aus Paris: „Aus bester Quelle erfahre ich, daß die politische Emigration nicht nur mit Schluß der Weltausstellung nach Oesterreich, beziehungsweise nach Wien zu übersiedeln gedenkt, sondern auch, daß sie schon jetzt und von hier aus allen ihren Einfluß ausbietet, um die galizischen Deputierten zu einer regierungsfreundlichen Haltung in der Wahlreformfrage zu bewegen. Die von den Chefs der Emigration ihren Landsleuten erteilten Rathschläge fassen sich im Nachstehenden ungefähr zusammen: Die polnischen Deputierten hätten vollständig und vorbehaltlos für die Regierung einzutreten, selbst wenn die Wahlreform auch auf Galizien ausgedehnt würde. Nur sollen sie stipulieren, daß die bestehende Proportion 38 auf 203 bei der projectierten Vermehrung oder Verdoppelung der Deputierten nicht zu ihren Ungunsten modifiziert und dem ruthenischen Elemente verhältnismäßig keine zahlreichere Vertretung eingeräumt werde, mit einem Worte, daß Herr v. Lasser bei der Eintheilung der Wahlbezirke in Galizien die polnischen Deputierten zurathe ziehe. Diese Nachricht

kommt mir aus der nächsten Umgebung des Fürsten Czartoriski.“

Betreffend die Haltung der Polen finden wir in der „Bohemia“ nachstehende beachtungswürdige Stellen: „Die Polen, die sonst alle Ereignisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und nur allzuoft die Richtschnur für ihr Verhalten in der innern Politik den europäischen Constellationen ablauschten, wenn nicht direct anpaßten, werden sich heute trotz ihrer scheinbaren Vergeßlichkeit klar darüber sein, daß in einer auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns, welche in dem friedlichen Zusammengehen der Monarchie mit Deutschland und mit Rußland gipfelt, die „polnische Karte“ — wie man 1870 noch sprach — keine Bedeutung mehr habe. Die polnische Frage ist heute eine rein innere Frage, und gehört eine tüchtige Portion Größenwahn dazu, zu glauben, dieselbe könnte angesichts der festgestellten Ziele österreichisch-ungarischer Politik noch im auswärtigen Amte auf die Tagesordnung gesetzt werden. Allein ein polnisches Organ begnügt sich nicht damit, diese Seite der Angelegenheit zu berühren, es wendet sich direct an den ungarischen Premier, der im Jahre 1867 den Dualismus geschaffen geholfen und dabei auf die Polen ein besonderes Gewicht gelegt habe. Der Versuch, von diesem Standpunkte den ungarischen Premier für die polnische Rath- und Entschlußlosigkeit zu engagieren, ist, wenn möglich noch mißglückter, als jener, den den gemeinsamen Minister des Aeußern für die ultrapolnischen Sonderwünsche ins Treffen führen will. Der dualistische Standpunkt setzt die volle Aufrechthaltung der Verfassung unter Consolidierung derselben durch ein direct gewähltes Parlament voraus. Das Interesse Ungarns an dieser Gestaltung Oesterreichs hat sich in dem energischen Widerstande der in Ungarn maßgebenden Staatsmänner gegen das Hohenwart'sche Experiment, in den Sympathien und der thätigen Unterstützung, welche das jetzige Cabinet in Verfassungsfragen auf ungarischer Seite findet, deutlich genug manifestiert, daß man wohl annehmen kann, man werde auch in den polnischen Kreisen hiefür noch eine leise Erinnerung haben.“

Zur bevorstehenden Action des österreichischen Reichsrathes bringt die „Bohemia“ folgende Mittheilungen: „Von den Ausschüssen, welche nach dem Zusammentritte des Reichsrathes ihre Thätigkeit sofort wieder aufnehmen werden, dürfte der Finanz-Ausschuß in erster Linie in der Lage sein, einiges Interesse auf sich zu lenken. Wie man hört, werden einige der von diesem Ausschusse bestellten Special-Referenten über einzelne Budget-Kapitel bereits die Berichte im Plenum des Ausschusses erstatten können, und dürfte auf diese Weise die Budgetberatung in raschem Fluß kommen. Auch inbetreff der demselben Ausschusse zugewiesenen Beamtenvorlage sieht ein rasches Eintreten in die Behandlung derselben in Aussicht, da das vom Ausschusse bestellte Sub-Comité die jetzigen Ferien benützt haben soll, die Angelegenheit eingehendst zu studieren, und in der Lage sein soll, dem Ausschusse ein reiches Material zur Verfügung zu stellen. Von Seite der Regierung wird dem Finanz-Ausschusse gleichfalls weiteres Material in dieser Angelegenheit zugänglich gemacht werden, und zwar eine ziffermäßige Nachweisung der auf die einzelnen Diätenklassen entfallenden Beträge aus der für die Erhöhung der Gesamtbezüge in Anspruch genommenen Summe. Aus dieser Zusammenstellung soll sich ergeben, daß die Anschauung, als würden die höheren Diätenklassen an der Gesamtsumme in ungleich höherem Umfange participieren, als die niedrigeren, eine ganz irrige sei, indem der größte Theil der Summe gerade auf die letzteren entfalle. Darüber, daß die Regierung dem Reichsrathe ein Schema über die von ihr beabsichtigte neue Einreihung der Beamten in die einzelnen Rangklassen vorlegen würde, ist noch nichts bestimmt; der Finanzausschuß wird aber diese für die Beamtenwelt hochwichtige Frage gewiß in die Hand nehmen und, da ihre legislative Erledigung kaum thunlich ist, doch wenigstens die Prinzipien, nach denen diese neue Eintheilung erfolgen soll, schärfere formulieren, als dies in der Vorlage der Fall ist.“

Zur Affaire Gramont

erhält die „A. A. Ztg.“ ein Schreiben aus Wien, das folgende Aufklärungen mittheilt:

„Oesterreich befand sich zur Zeit des Ausbruches der Feindseligkeiten Frankreich gegenüber in keinem bindenden Engagement. Es hatte sich die Freiheit seiner Entschlüsse gewahrt, und es war in jeder Richtung berechtigt, seine Neutralitätserklärung abzugeben. Allerdings konnte es sich nicht verhehlen, daß gerade diese

Erklärung Frankreich als ein schwerer Schlag treffen würde. Die napoleonische Politik hatte sich in eine so völlige Identität der österreichischen und der französischen Interessen hineingerebet, ein so wichtiger Punkt ihres Systems war durch die eventuelle Entscheidung Oesterreichs getroffen, daß sie alles aufbot, dieser Entscheidung eine andere Richtung zu geben. In diese Zeit fallen die Anstrengungen Latour d'Auvergne's, Oesterreich zum Abschluß eines Allianzvertrages, oder wenigstens zum Nichtabgeben der Neutralitätserklärung zu vermögen. Und es fehlte selbst an kaum verhaltenen Andeutungen über die Vorbehalte nicht, welche Frankreich sich bei dieser Lage der Dinge für den Fall eines Erfolges auch Oesterreich gegenüber auferlegen müsse. — Diese Hinweisung war verständlich, und damals allerdings konnte sie auch nicht als so ganz ungefährlich betrachtet werden, wie dies nach den Ergebnissen des Jahres 1870 der Fall ist. Um es mit klaren Worten zu sagen, die Stellung Oesterreichs war eine solche, daß seine Neutralität in Paris nicht als Neutralität, sondern als ein Akt der Feindseligkeit betrachtet wurde. Siegen die französischen Waffen, so stand allerdings ein Friedensarrangement zu besorgen, das seine Spitze im wesentlichen gegen Oesterreich richtete. Der Fall war nicht ohne Beispiel, daß Napoleon III. nach den ersten Erfolgen bereitwillig sich zum Frieden verstand. Es lag nahe, die Compensationsobjecte in Oesterreich zu suchen. Frankreich in eine geradezu feindliche Stimmung gegen letzteres zu drängen, erschien eben so bedenklich, als es durch die Politik der freien Hand, an welcher Oesterreich festhielt, keineswegs gefordert war und am allerwenigsten irgend ein Prinzip oder eine positive Verpflichtung verletzte. — Unter solchen Umständen erging die vertrauliche Depesche des Grafen Beust an den Fürsten Metternich, welche heute das Beweisstück bildet, auf welches der Herzog von Gramont seine Behauptung stützt: es sei ihm die bewaffnete Hilfe Oesterreichs in Aussicht gestellt worden. Diese Depesche spricht allerdings von einer Mitwirkung Oesterreichs zu den Erfolgen Frankreichs „innerhalb der Grenzen der Möglichkeit.“ Aber es ist wohl un schwer, den Nachweis zu führen, daß diese Grenzen von vornherein einen sehr engen Kreis zogen. Jedenfalls müssen sie die eben vollendete Thatfache der Neutralität unberührt lassen, und es konnte sich in der That nur noch um eine diplomatische Unterstützung Frankreichs handeln, wie sie denn auch fast unmittelbar darnach eingetreten ist. So wurde die Sache in Oesterreich verstanden. Daß sie aber auch in Frankreich nicht anders verstanden worden ist, dafür sprechen nicht nur die allgemeinen Verhältnisse, wie sie eben geschildert wurden, sondern auch noch ein anderer, weit gewichtigerer Umstand. Hätte der Herzog von Gramont, der von da ab bis zu seiner Ablösung durch Latour d'Auvergne, also durch nahezu drei Wochen, noch an der Spitze der Geschäfte stand, annehmen können, wirklich ein Recht auf den „concours armé“ Oesterreichs zu besitzen, er hätte wohl kaum geögert, von diesem Recht umfassenden Gebrauch zu machen. Sommatation an Sommatation, Telegramm an Telegramm hätte an das wiener Cabinet ergehen müssen und mit einer einfachen Nichtbeachtung dieser Aufforderungen wäre die Sache zwischen Frankreich und Oesterreich schwerlich abgethan gewesen. Das Wahre ist: Herr v. Gramont glaubt selbst nicht im entferntesten an die Stichhaltigkeit seiner Ausführungen.

So liegen die Dinge der Hauptsache nach und es verschlägt wenig, ob der Herzog von Gramont seinem dossier secret noch einen oder den anderen Vertragsentwurf entnimmt, den Frankreich berathen wissen wollte, und der von Oesterreich abgelehnt wurde. Der Hauptunterschied zwischen der Haltung beider Mächte war eben von vornherein, daß Frankreich die Verbindung mit Oesterreich unter allen Umständen, letzteres sie nur zu defensiven Zwecken wünschte.“

Zur Action in Preußen.

Wie die „Spener'sche Zeitung“ meldet, sind zur Ausführung der neuen preussischen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 bereits die Weisungen auch an die unteren Behörden ergangen, so namentlich auch die wegen Bildung der Wahlverbände zur Wahl der Kreistagsabgeordneten. Gesehlich werden zu diesem Zwecke drei Wahlverbände gebildet, der der größeren Grundbesitzer, der der Landgemeinden und der der Städte.

Die Bewegung für die Rechts Einheit im deutschen Reiche nimmt immer größere Dimensionen an. In der seinerzeit in dieser Richtung abgehaltenen Ministerconferenz gelangte man zu folgenden Resultaten:

Politische Uebersicht.

Laibach, 10. Jänner.

Man hat sich über die Gerichtsorganisation, abgesehen von der obersten Rechtsinstanz, verständigt. Diese Organisation aber ist nicht durchführbar ohne den obersten Reichsgerichtshof und daselbe gilt von der Civilprozessordnung. Die von Baiern vorgeschlagene sogenannte Rechtscommission ist zurückgewiesen worden. Die Verhandlungen werden daher wieder aufgenommen werden müssen und an die in der Conferenz über die anderen Punkte gewonnenen Ergebnisse anknüpfen. Die Erledigung der technischen Angelegenheiten hat den Werth, daß, sobald eine Verständigung über den Reichsgerichtshof erzielt ist, die Organisation sofort aufgenommen und verwirklicht werden kann.

Die Kirchenreform-Gesetzgebung in Preußen dürfte nunmehr in Fluß gerathen. Die päpstliche Allocution hat, wie die „Breslauer Zeitung“ erfährt, an leitendem Orte eine Stimmung erzeugt, welche den schon lange vorbereiteten Gesetzentwürfen des Cultusministers zugutekam. „Wie wir — schreibt dasselbe Blatt weiter — auf Grund positiver Informationen mittheilen können, sind in den letzten zwei Sitzungen des Staatsministeriums mehrere Gesetzentwürfe Dr. Falls angenommen worden, von welchen drei sofort dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Ohne Zweifel wird der Cultusminister in seinem Expose die baldige Erledigung der Vorlagen beanspruchen und nicht verfehlen, auf die treibende Kraft der Allocution hinzuweisen, welche seinen Gesetzentwürfen die Bahn gebrochen.“ Unter den zur Vorlage gelangenden Entwürfen befindet sich einer in betreff der Begrenzung der geistlichen Disciplinargewalt und ein anderer in betreff der Ausbildung katholischer Geistlichen.

Die „Provinzial-Correspondenz“ bezeichnet als leitenden Grundsatz der Gesetzentwürfe über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, daß der Staat, welcher den verschiedenen Kirchen und Religionsgesellschaften Raum zu ihrer freien, selbständigen Entwicklung gewährt, nur insoweit Verbot hat, gegen den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt einzuschreiten, als staatliche Einrichtungen und Gesetze, Rechte der Staatsangehörigen oder die Erfüllung der letzteren dem Staate gegenüber gefährdet werden. Der Staat kann überhaupt nur solche Strafen als zulässig erklären, deren Wirkung sich lediglich auf kirchliches Gebiet beschränkt. Die staatliche Gesetzgebung hat das Recht und die Pflicht, jeden Uebergreif über diese Grenze zu verbieten. Der Gesetzentwurf verbietet ferner die Anwendung von Kirchenstrafen, wenn die Strafe deshalb verhängt wird, weil die betreffende Person ihren amtlichen oder staatsbürgerlichen Pflichten nachkam oder von ihrem öffentlichen Wahlrechte Gebrauch machte oder die Ausübung desselben unterließ. Der Gesetzentwurf bezweckt endlich die Verhinderung einer Form der Strafmittel, welche, abgesehen von persönlicher Kränkung der Beteiligten, in weiteren Kreisen als Aergerniß empfunden wird. Kein Religionsdiener soll bestraft sein, Kirchenstrafen unter Bezeichnung der Betroffenen bekannt zu machen. Die Kirchenzucht an sich erlidet keine Einbuße; ihre äußere Bethätigung wird in die Grenzen gewiesen, welche die öffentliche Ordnung und der religiöse Friede gleichmäßig fordern.

Die „Wiener Abendpost“ bringt an der Spitze ihrer politischen Rundschau nachstehendes Dementi: „In- und ausländische Blätter beschäftigen sich vielfach mit dem Gerüchte der beabsichtigten Demissionierung oder Abberufung des k. und k. Botschafters in London Grafen Deust. Wir haben von diesem Gerüchte bisher keine Notiz genommen, weil dasselbe, mit Hinblick auf den absoluten Mangel jedweder Veranlassung, den Stempel der Nichtbegründung schon offen an sich trug. Nachdem es jedoch ungeachtet seiner inneren Unwahrscheinlichkeit in immer weitere Kreise Eingang findet, so sind wir ermächtigt, ausdrücklich zu erklären, daß die oben erwähnte Meldung nach beiden Richtungen hin jeder Begründung entbehrt.“

„Naplo“ theilt über die Thätigkeit des königlich-ungarischen Ministerpräsidenten und Finanzministers in Wien mit, daß die Verhandlungen über die Bankfrage in erster Reihe dahin gerichtet waren, daß in der ganzen Frage zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung selbst über die schon festgestellten Punkte hinaus das vollkommenste Einverständnis und in Bezug auf die zu beginnenden definitiven Verhandlungen aufrichtige Solidarität zustande gebracht werde. Dieses Ziel ist im wesentlichen erreicht worden. Was darüber hinaus die Verhandlung mit der Bank betrifft, das ist eine Frage weniger Tage und in kurzer Frist kommt es entweder zum vollständigen Bruche oder zu einer Lösung, welche den Interessen und der Würde des Landes entspricht. Mit diesen Verhandlungen stehen natürlich die Tagesinteressen des pester Geldplatzes in keinem Zusammenhange. — Im ungarischen Finanzministerium finden, wie der „Ung. Lloyd“ hört, Conferenzen statt, die sich mit der Organisation der Verwaltung des Montanwesens beschäftigen. Am 30. v. M. haben die Beratungen begonnen und jüngst hat gleichfalls eine Conferenz stattgefunden. Ueber den Gang der Verhandlungen so wie über die erzielten Resultate hoffen wir demnächst Näheres mitzutheilen. — Aus Agram wird der „Reform“ gemeldet: „Die Unionisten machen in der Parteiconsolidierung die besten Fortschritte. Erzbischof Mihalovics und FML. Mollinary sind nach Pest berufen worden.“

Dem preußischen Abgeordnetenhaus liegt ein Antrag des Abgeordneten Schmidt vor, welcher die Entschädigung der Gemeinden für die Kriegskosten aus der französischen Kriegscontribution bezweckt. Wie die „Sp. Ztg.“ von einem ihrer Correspondenten erfährt, soll diese Angelegenheit auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erledigt werden und dürfte eine bezügliche Erklärung vom Ministertisch die Erledigung der Sache im Abgeordnetenhaus schnell bewirken. — Die „Bosnische Zeitung“ meldet: „Graf Koon behält zwar den Titel eines preußischen Kriegsministers und Bundesraths-Bevollmächtigten, aber wie uns von verlässlicher Seite mitgetheilt wird, entäußert er sich aller Geschäfte, welche zu seinem früheren Ressort in Beziehung standen. Aus diesem Grunde geht auf den General v. Ramecke die specielle Leitung der gesammten Militär-Verwaltung über, sowie die Vertretung der Angelegenheiten der Reichs-Armee beim Bundesrathe und deut-

schon Reichstage. Beachtenswerth erscheint es, daß von informierter Seite die Versicherung abgegeben wird, Herr v. Ramecke beabsichtige eine Erhöhung des Pauschquantums nur unter bestimmten Modificationen zu beantragen. Im Falle dies keine Zustimmung fände, würde er einen neu ausgearbeiteten Militär-Etat dem Reichstage vorlegen, welcher eine Mehrforderung von circa 30 Millionen im Ordinarium und Extra-Ordinarium enthalten soll. Die Vertheuerung der Armeebedürfnisse wird als Grund dieser Maßregel angegeben.“

Einem wohlbegründeten Gerücht zufolge hätte der König von Baiern, der nach dem Muster der norddeutschen Armee vorzunehmenden Uniformierung der bayerischen Armee seine Sanction verweigert, um die Staatskassen nicht zu verwehren.

England scheint sich dem Vordringen Rußlands in Asien entgegenstellen zu wollen. Die Nachricht von einer in Petersburg überreichten englischen Note ist mit Unrecht dementiert worden, vielmehr wird dieselbe von Berlin aus den „Times“ und von Petersburg den „Daily News“ vollständig bestätigt. Die englische Regierung soll in der That versichert haben, daß sie einem Vordringen Rußlands über den Ozean nicht ruhig zusehen werde, während Rußland sich durch Versicherungen nicht binden will, jedoch bereit ist, englische Offiziere an seinen Expeditionen theilnehmen zu lassen.

Der dänische Kriegsminister legte dem Folkethinge das Armeegegesetz vor. Dasselbe weist ein Mehrerfordernis von jährlich 220.000 Thalern für das Landheer und 73.000 Thalern für die Flotte, sowie ein auf acht Jahre vertheilte Summe von 17 Millionen auf, die für Befestigungsanlagen und Schiffe erforderlich ist. Der Kriegsminister hob hervor, daß die Vorlage auf eine Politik des Friedens und der Neutralität gebaut sei, welche man jedoch aufrechtzuerhalten wolle und im Stande sein müsse, wenn auch das kleine Dänemark in die europäische Wage kein Gewicht werfen kann.

Zur Regelung der Staatsdiener-Bezüge.

Der in Frage stehende Gesetzentwurf hat in Lehrerkreisen, die außer der Tragweite dieser Vorlage stehen, nicht geringe Sensation gemacht. Nahezu in allen Theilen der in dem österreichischen Reichsrathe vertretenen Länder werden Petitionen der angeblich materiell geschädigten Lehrkörper vorbereitet, die für Einbeziehung der Lehrer in die bevorstehende Gehaltsregulierung plaidieren werden.

Die „Augsb. Allg. Ztg.“ hat auch dieses Thema bereits in den Bereich ihrer Besprechungen einbezogen; das genannte Blatt weist hin, daß die österreichische Gesetzgebung in den letzten Jahren sehr viel zur materiellen Hebung des Lehrstandes gethan und manches werthvolle Privilegium für denselben geschaffen habe und daß es eine Inconsequenz sei, mit demselben Athemzuge Gleichheit mit den übrigen Staatsdienern zu verlangen und zugleich an jenen günstigen Ausnahmestimmungen festzuhalten. „Um nur einige Details aus dieser den Lehrerkreisen gesetzlich gewährten Ausnahmestellung hervorzuheben,“ — schreibt das genannte Blatt — „sei vor allem erwähnt, daß, während das neue Gesetz für die einzelnen Rangklassen der Beamten alles in allem nur je zwei Quinquennalzulagen kennt, für die Professoren fünf normiert sind, was bei einer gleichen Dienst-

Feuilleton.

Blut um Blut

oder:

Die Regimente Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Müldener.

(Fortsetzung.)

Doktor Papillon war ein friedliebender Mann und suchte demgemäß nach besten Kräften die erhitzten Gemüther zu besänftigen und eine Ausöhnung zwischen Piemont und Auvergne herbeizuführen.

Doktor Papillon war ein kleiner, munterer und beliebter Herr. Seit dreißig Jahren beim Regimente Auvergne angestellt, war er der Freund der Offiziere und Soldaten, von denen kaum einer im Regimente war, dem er nicht schon einen Säbelhieb zugeflückt, eine Kugel ausgezogen oder einen gebrochenen Arm oder Fuß wieder eingerichtet hätte.

Der Umgang bildet den Menschen; insolge dessen war Doktor Papillon trotz seiner friedliebenden Natur durch und durch Soldat geworden. In fortwährendem Verkehr mit den härtigen Kriegern seines Regimentes hatte er selbst so manches in sich aufgenommen, was im directen Widerspruche zu den Grundsätzen stand, zu denen er sich offen bekannte.

So kam es bisweilen vor, daß er, als abgefagter Feind der Trunkenheit, eine donnernde Strafpredigt gegen dieselbe hielt, während er die Nachwehen verspürte, die ein paar Glas zuviel in seinem Kopfe zurückgelassen hatten. Nicht viel besser erging es ihm in den Regel bei seinen Ermahnungen zur Geduld und Nachsicht, zur Duldsamkeit und Veröhnlichkeit. Gewöhnlich, wenn er dieses Thema berührte, redete er sich in einen solchen

Eifer hinein, daß er oft mit aller Gewalt auf den Tisch schlug und ein Donnerwetter nach dem andern losließ, um seinen Zuhörern zu beweisen, daß Geduld eine sehr schöne Tugend sei, deren sich jeder befleißigen sollte.

Kurz, der gute Doktor hatte seine kleinen Fehler, das unterlag gar keinem Zweifel; allein es zierten ihn auch große Vorzüge. Dahin gehörten als Mensch seine unendliche Herzengüte und sein rechtlicher Sinn, als Arzt aber seine außerordentliche Geschicklichkeit, die unverdroffene Sorgfalt für seine Patienten, sein unermüdlicher Eifer, ihre Schmerzen zu lindern, und sein ernstliches Bestreben, sie wirklich zu heilen, statt mit jener gewissenlosen Leichtfertigkeit zu verfahren, der in Spitalern schon so viele Unglückliche zum Opfer wurden.

Galt es auf dem Schlachtfelde Verwundete zu verbinden, so konnt: keine Gefahr, und wäre sie noch so groß gewesen, ihn abhalten, seine Pflicht zu thun. Bei allen Schlachten durfte man sicher annehmen, den philanthropischen Chirurgen mitten unter den Soldaten zu treffen, wo er dann ein so reges Interesse an dem Gange des Gefechtes nahm, daß er in gewissen kritischen Momenten wohl zuweilen selbst eine Musquete aufhob und mit erprobtem Muthe mitten unter die Feinde hineinschoß, um zum Siege seines geliebten Regimentes sein Scherflein beizutragen.

Dies war der Mann, der in dem Augenblicke, als Henry eintrat, das Wort führte und nun abermals in seinen wohlgemeinten Ermahnungen fortfuhr, nachdem sich der Lärm der ersten Begrüßungen gelegt hatte.

„Ihr seid hartgejottene Sünder, Starrköpfe, Felsenblöcke!“ rief er mitten unter die Offiziere hinein, die ihm diese Ausdrücke nicht im geringsten verübelten; „ja, das seid ihr, weil ihr mit aller Gewalt euer Ohr den Worten der Vernunft verschlossen haltet, mit denen ich nun schon seit einer ganzen Stunde in euch hineinrede. Es ist von beiden Seiten der Ehre genug gethan,

von beiden Seiten ist edles, tapferes Blut nur zuviel geflossen, so gebt also jetzt endlich nach und benehmt euch heute Abend bei unserm braven Commandanten so, daß sein edler Zweck, den er bei dieser Reunion im Auge hat, erfüllt wird.“

„Wenn wir ihnen mit Artigkeit zuvorkommen, so sind sie in ihrem Eigendünkel am Ende im Stande, dies für Furcht zu halten“, warf ein alter Capitän mit weißen Haaren dagegen ein.

„Ei, St. Firmin“, entgegnete der Doktor immer hitziger, „ich hätte Sie für klüger gehalten. Wenn die Alten solches Zeug schwagen, was läßt sich da von den Jüngeren erwarten?“

„St. Firmin hat recht! Ja, er hat recht!“ schrie nun alles, so daß selbst die kräftige Stentorstimme des Chirurgen den Tumult nicht mehr bewältigen konnte. Erst nach einigen Minuten gelang es ihm, wieder zu Worte zu kommen.

„Eine hübsche Manier dies, sich über einen Gegenstand zu besprechen und Meinungen auszutauschen“, rief er, noch ganz betäubt von dem Geschrei, welches sich so unisono erhob. „Und wenn St. Firmin wirklich recht hätte, wenn Piemont in seiner Annahme wirklich so weit ginge, unser artiges Entgegenkommen auf eine so dumme Weise zu verkennen, wer wäre dann der Blamierte? Wir doch wahrlich nicht, das werdet ihr wohl einsehen. Wenn sie einen solchen Unfug denken könnten, so habt ihr ja immer wieder Gelegenheit, sie eines anderen zu belehren.“

„Also dann wären Sie damit einverstanden, daß wir den Flamberg wieder ziehen, Doktor?“ wurde erwidert.

„Ja, denn ich verlange ja nicht, daß ihr euch plötzlich in Lämmer verwandelt und euch von den Wölfen zerreißen lassen sollt. Nein, vertheidigt eure Ehre, wenn es sein muß; aber gebt auch den Beweis,

Kategorie für die Beamten eine progressive Erhöhung des Gehaltes um 400 fl. (zwei Quinquennalzulagen zu 200 fl.), für den Professor 1000 fl. (fünf zu 200 fl.) ausmacht. Allerdings wendet die Professorenwelt ein: daß der Beamte Beförderungsaussichten habe, während bei Mittelschullehrern die Berufung an eine Hochschule eine Seltenheit sei, der Universitätsprofessor jedoch am Ende seiner Laufbahn stehe. Dagegen aber stehen beiden Kategorien — von den Dienstauszeichnungen gar nicht zu reden, welche sie bürokratisch auch den höheren Beamtenkategorien gleichstellen — reichliche materielle Vorteile zur Seite. Bei den Professoren der Universitäten repräsentierten Collegien über und Prüfungs- wie Rigorosen-Taxen eine oft nach mehreren Tausenden jährlich zählende Summe, während der Mittelschullehrer für jede Lehrstunde über dem Normale Remuneration und ebenfalls Prüfungsgelder bezieht — Einnahmen, auf welche der Beamte verzichten muß, der auf seine fixen Bezüge ein für alle mal angewiesen bleibt. Dazu tritt noch bei den Mittelschullehrern, daß sie schon unmittelbar nach der Ablegung ihrer Examina ihre Bestallung erhalten und somit in einem Alter von 23—24 Jahren (im Durchschnitt gerechnet) den Gehalt von 800—1000 Gulden, in Wien wie in Triest 300 fl. Quartiergeld beziehen und nach 25jähriger Dienstzeit mit den Quinquennalzulagen im Gehaltsbezüge von 2000—1800 fl. stehen, während der Beamte oft erst nach 10 Dienstjahren zu einem gleich hohen Gehalte gelangen kann." — Das „Neue Fremdbl.“ fügt diesem Citate Folgendes bei: „Eine weitere dem Lehrstande günstige Ausnahmestimmung besteht darin, daß die Pensionsfähigkeit nur an 30 Dienstjahre geknüpft ist, während alle anderen Staatsdiener erst nach 40 Jahren pensionfähig werden. Wollten die Professoren noch in Anschlag bringen, daß sie jährlich mehr als 3 Monate (2 Monate ununterbrochen) Urlaub haben, zudem der Beamte eine täglich 7—8stündige Arbeitszeit, der Universitätsprofessor hingegen wöchentlich im Maximum 5—6 Lehrstunden, der Mittelschullehrer wöchentlich 20—24 Lehrstunden hat, dann werden diese Kreise ihre Lage selbst für den freilich nicht gegebenen Fall erträglich finden, daß ihnen die neue Gehaltsguldenregulierung momentan 100—200 fl. jährlicher Bezüge vorenthalten würde. Richtig ist dagegen die Bemerkung der besprochenen wiener Correspondenz, daß es unbillig wäre, den Professoren die ihnen schon einmal bewilligte Thuerungszulage vorzuenthalten. Dies ist eine Forderung der Billigkeit, gegen die gewiß niemand etwas einzuwenden haben wird, und die bewilligt werden kann, ohne die angestrebte Gleichheit zur stärksten Ungleichheit zu gestalten.“

Tagesneuigkeiten.

(Die Operation des Kaisers Napoleon.) Der „Saulois“ erfährt über die Steinoperation, welcher Kaiser Napoleon einige Tage vor seinem Tode sich unterziehen mußte, Näheres: Die Operation fand am 2ten Jänner um 2 Uhr nachmittags im Beisein der Leibärzte der Königin Victoria, Herren Gull und Paget, und des kaiserlichen Leibarztes Corvisart statt; sie wurde von Dr. Henry Thompson in wenigen Minuten ausgeführt. Der Kaiser war chloroformirt worden; die Steingerümmung ging glücklich von statten, der Kranke hatte in der Folge kein Fieber. Dr. Thompson fand es demselben

daß ihr verschuldenen Charakters seid und Geschehenes zu vergessen wisset.“

„Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß man sie heute Abend ganz ignorieren soll“, sagte ein junger Lieutenant, der neben Reigny saß, „denn sie sind ja doch nichts anderes, als elende Verleumder, die weiter nichts als unsere Verachtung verdienen.“

„Sie verleumden sogar auch Sie, Doktor“, fügte St. Firmin hinzu. „Ihr Arzt drüben behauptet nämlich, daß Sie sich eine Anzahl ganz kerzefunder Leute halten, die sich Ihnen gegen ein gewisses Honorar in Behandlung geben und dann, nach drei oder vier Wochen von ihrer Scheinrankheit geheilt, in alle Welt ausposaunen müssen, daß der berühmte Doktor Papillon ihnen das Leben gerettet habe.“

Der Arzt fuhr auf, wie wenn ihn ein Scorpion gebissen hätte.

„Hat dies wirklich dieser nichtswürdige, abscheuliche, elende Wärtischreier, dieser erbärmliche Baderjunge, dieser lebendige Spucknapf gesagt?“ rief er ganz außer sich. „D, dann will ich ihn noch heute Abend dafür zur Rede stellen, und meiner Frau, er muß mir vor die Klinge, oder ich will nicht mehr Papillon heißen!“

„Da haben wir's wieder!“ lachte St. Firmin hell auf. „Sie sind wieder einmal angeführt, mein guter Doktor. Während Sie uns fortwährend Frieden predigen, darf man Ihnen nur etwas mittheilen, was Ihnen Beleidigung dünkt, so sind Sie gleich in Harnisch und massacrieren die ganze Welt. Natürlich ist kein Wort wahr von allem, was ich Ihnen da erzählte.“

Alles brach in ein schallendes Gelächter aus und der würdige Doktor lachte herzlich mit, denn er war nicht der Mann, der aus verletzter Eitelkeit einen Spaß verborben hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Blatte zufolge, nachdem er den Kaiser untersucht, ganz unglücklich, daß derselbe bei Sedan fünf Stunden zu Pferde bleiben konnte; er hat an jenem Tage, meinte der Arzt, fürchterliche Schmerzen ausstehen müssen.

(Die Handelskammer-Wahlen in Triest) ergaben folgendes Resultat: Als Präsident wurde Salomon Parente, als Vizepräsident Stettner, in die Vorkommission Brill, Daninol, Scher, Galatti, Hütterott, Ruchpan, Salem und Teuschl gewählt.

(Unglücksfall.) In der Station Prävali (Kärnten) wurde am 5. Jänner, nachts, ein unbekannter Mann, dem Hüfte und Kopf durch die Locomotive zertrümmert wurden, auf dem Bahngelände todt aufgefunden.

Locales.

(Zu Directionsmitgliedern der hiesigen Sparkasse) wurden in der letzten Generalversammlung die Herren Karl Deschmann, Karl Galld, P. Laßnig, Johann Luckmann, Ferdinand Mahr, A. Mühlstein, Johann Janesch, Johann Plauz, Albert Samassa, Ignaz Seemann, Dr. Schaffer und Fr. Ziegler gewählt.

(In der Casino-Restauratio n) findet morgen abends eine große musikalische Soirée statt.

(In der hiesigen Zigarrenfabrik) wurden im vorigen Jahre 42 Millionen Zigarren erzeugt.

(Wegen Ausgabe falscher Banknoten) à 10 fl. auf hiesigem Plage wurde vor einigen Tagen eine Weibsperson aus Innerkrain arreziert.

(Ein Rauchfangfeuer) kam gestern mittags im Hause Nr. 275 in der Ringgasse zum Ausbruch. Ungeachtet das Kanonensignal verspätet gegeben wurde, waren doch Feuerwehr und Spritzen blüßschnell auf dem Brandplage und beseitigten jede weitere augenscheinliche Gefahr in kürzester Zeit. Der Herr Landespräsident Graf Auersperg und Herr Hofrath Fürst Metternich erschienen schnellstens auf der Brandstelle. Abends gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr neuerdings gerufen, um den im nach alter üblicher Form gebauten und mit Holzsparren durchzogenen Schornsteine fortglühenden Brand zu löschen; um zehn Uhr war jede weitere Gefahr beseitigt.

(Die „Slovenska Matica“) bereitet die Ausgabe zweier Manuscripte in 2800 Exemplaren vor.

(Die krainische Landwirtschaftsgesellschaft) hält am 29. d. M. eine Generalversammlung.

(Im Interesse der Landesviehzucht) hat sich Herr Schollmayr behufs Ankaufes tüchtiger Zuchttiere nach Kärnten begeben.

(Der landwirthschaftliche Filialverein in Mötling) erhielt von der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft Zuchtschweine Suffolker Race gegen Vergütung des halben Ankaufpreises.

(Die Citalnica in Stein) hat bei der am 6. d. stattgefundenen Generalversammlung die Neuwahl der Functionäre und Ausschüsse vorgenommen.

(Der krainische Lehrerverein) gab am 10. d. die erste Nummer der „Laibacher Schulzeitung“ aus. Das genannte Blatt bringt an leitender Stelle einen Aufruf „an die Lehrer Krainens“: für die Segnungen der neuen Schulgesetze auf literarischem Felde wirken, dem krainischen Lehrervereine beitreten, dem Organe desselben — der „Laibacher Schulzeitung“ — gebührende Beachtung widmen zu wollen; der erwähnte Aufruf enthält unter Einem das Programm der „Laibacher Schulzeitung.“ Die erste Nummer bringt uns weiter einen aus praktischer Feder stammenden Aufsatz „über Erziehungsvereine“; eine Abhandlung über „Dunst, Thau und Reif“; eine „Kundschau“ auf dem Gebiete des Schulwesens in den im österreichischen Reichsrathe vertretenen Ländern; Localnachrichten über die in Lehrerkreisen vorkommenden Ereignisse und Personalveränderungen; eine Originalcorrespondenz eines bewährten tüchtigen Schulmannes; die neueste Bücherchau; eine Uebersicht über die erledigten Lehrerstellen und den „Briefkasten der Redaction“, worin alle brieflichen Anfragen ihre Erledigung finden. Die Namen tüchtiger, eifriger und im Geiste der neuen Schulgesetze arbeitender Schulmänner, der männliche Charakter des mit der Redaction betrauten k. k. Bezirksschul-Inspectors Herrn Johann Sima sind uns Bürge, daß die „Laibacher Schulzeitung“ nur Segnendes, Nützliches und Belehrendes in ihre Spalten aufnehmen wird. In zweiter Linie betonen wir, daß auch die äußere Ausstattung des Blattes als eine gelungene bezeichnet und mit Rücksicht auf den äußerst billigen Preis (für Laibach 2 fl. 50 kr., außer Laibach 2 fl. 75 kr. jährlich) allen Schulfreunden und Mitgliedern des Lehrstandes bestens empfohlen werden kann.

(Erdböße) wurden auch zu St. Peter in Innerkrain u. z. wiederholt mit einem Zwischenraume von einer Sekunde verpflirt. Die Erdböße waren von Süden gegen Norden wahrnehmbar und dauerten zehn Sekunden.

(Theaterbericht vom 10. d.) In Karl Löpfers Lustspiel „Der beste Ton“ schlug Fräulein Drambilla als „Leopoldine v. Strehlen“ den besten Ton an. Das Fräulein führte Humor, Wit, Naivität und Schalkhaftigkeit, kurz alle höheren weiblichen Tugenden, muthig ins Treffen und wurde hiesfür mit wiederholtem beifälligen Hervorruf ausgezeichnet. Herr Bauer trat anstatt Herrn Carode als „von Warren“ recht wirksam in Szene. Herr Hofbauer gab den gemüthlichen „von Strehlen“ ganz gut. Herr Röder (Philipp von Strehlen) hatte einzelne leb-

hafte Momente, erschien uns aber minder disponiert. Herr Zwenz präsentierte sich als naturgetreue Komik, aber die Lebemänner „von Mirler“ und „von Specht“ (die Herren Höller und Bergmann) konnten den „besten Ton“ für Salonmanieren durchaus nicht finden. Das Haus war minder gut besucht.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte in Laibach.) Am 15. Jänner. Thomas Babnik: schwere körperliche Beschädigung; Bartelmä Polanc: schwere körperliche Beschädigung; Johann Pečenik; Diebstahl. — Am 16. Jänner. Thomas und Alois Legat: schwere körperliche Beschädigung; Jakob Stredel: schwere körperliche Beschädigung; Anton Bohar, Diebstahl; Lukas Rupnik: Diebstahl. — Am 17. Jänner. Andreas Rasos: schwere körperliche Beschädigung; Anton Rebernik: Diebstahl; Johann Petric: Betrug; Gertraud Wampel: Kindesweglegung.

(Aus dem Amtsblatte.) Kundmachung betreffend 1. die Besetzung einer Landesgerichtsrathsstelle in Klagenfurt; 2. das Postrittgeld fürs erste Quartal 1873.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Rom, 10. Jänner. In der Kammeritzung gibt der Ministerpräsident den Gefühlen tiefen Bedauerns und Schmerzes über den Tod Napoleons Ausdruck, indem Napoleon so große Dienste für Italiens Unabhängigkeit und Einheit geleistet. Die Kammer gibt diesem Ausdruck ihre Zustimmung.

Se. k. und k. Apostolische Majestät sind den 9. d. M., abends nach Ofen abgereist.

Wien, 10. Jänner. Die „Presse“ erfährt, der französische Botschafter, Marquis Banneville in Wien sei von Thiers beauftragt, das tiefste Bedauern der französischen Regierung über den Gramont'schen Incidenzfall dem Grafen Andrassy auszudrücken.

London, 10. Jänner. Der Tod Napoleons trat unerwartet um 10^{1/2} Uhr. Gefährliche Symptome zeigten sich erst um 9 Uhr. Die Todesursache steht mit der letzten Operation in keinem Zusammenhange; die Aerzte beabsichtigten mittags eine dritte Operation. Der kaiserliche Prinz traf zu spät von Woolwich ein. Abbé Godbard versah den Kaiser mit den Sterbesacramenten.

Telegraphischer Wechsellkurs vom 10. Jänner.

Papier-Rente 66.65. — Silber-Rente 70.85. — 1860er Staats-Anlehen 102.75. — Bank-Actien 983. — Credit-Actien 329. — London 108.65. — Silber 106.65. — k. k. Münz-Ducaten —. — Napoleonsd'or 866^{1/2}.

Verstorbene.

Den 3. Jänner. Johann Malnec, Hübler'sohn, 17 Jahre, Civilspital, an Tetanus traumaticus. — Johann Metaj, Bettler, 75 Jahre, Civilspital, an Marasmus.

Den 4. Jänner. Maria Jüdel, Gerichtsdienerswitwe, 75 Jahre, Kapuzinervorstadt Nr. 80 an der allgemeinen Wassersucht.

Den 5. Jänner. Andreas Stalar, Tischler, 62 Jahre, im Civilspital an der Abzehrung. — Maria Klopflaver, Inwohnerin, 42 Jahre im Civilspital an Phämie. — Valentin Bidic, Zimmermann, 35 Jahre in der Kratzavorstadt Nr. 73 an der Lungenentzündung. — Johann Kovac, Inwohner, 55 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 8 am Leberleide. — Johann Jereb, Zimmermann, 62 Jahre, im Civilspital an Erschöpfung der Kräfte.

Den 6. Jänner. Johann Debevec, Realitätenbesitzer, 20 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 58 an der Abzehrung.

Den 7. Jänner. Maria Wlaser, Näherin, 22 Jahre, Gradischavorstadt Nr. 51, an der Tuberculose.

Den 8. Jänner. Elisabeth Gribar, Inwohnerwitwe, 56 Jahre, im Civilspital am Lungendäm. — Katharina Ambros, Inwohnerwitwe, 56 Jahre, im Civilspital an Abzehrung. — Anton Cadez, Brückenmanth-Einnehmer, 53 Jahre, in der Stadt Nr. 64 an der Phämie. — Michaela Kurnil, Sesselmacherskind, 3^{1/2} Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 63 an Keuchhusten.

Den 9. Jänner. Thomas Tom, Bettler, 59 J., im Civilspital an der allgemeinen Wassersucht. — Anton Wandel, Maurer, 42 J., im Civilspital an chronischer Gehirnhautentzündung.

Angewandte Fremde.

Am 9. Jänner. Hotel Elephant. Lajos, Privatier, Hermannstadt. — Schiffer, Ludwig. — Goriscl, Pfarrer, Javor. — Loop, Wien. — Szeluska, Fiume. — Loncar, Grundbesitzer, Unterkrain. — Koitnik, Realitätenbesitzer, Oberlaibach. — Stern, Bergdirector, Sogor.

Hotel Stadt Wien. Adler und Hermann, Kiste, und v. Wüstenfeld, Wien. — Globocinig, Gemeinbesitzer, Eisenern. — Ankemius, Neumarkt. — Bloch, Kfm., Triest. — Pjerich, l. l. Lieutenant, Triest.

Hotel Europa. Tansil, St. Marcin. — Rapos, Post und Dr. Dominus, Marburg. — Dollinar und Schwarz, Rosenfuß.

Mohren. Maria Majer, Köchin, Oberdrauburg. — Kobil, Innerkrain.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 10° C. reducirt	Barometerstand nach Celsius	Wind	Wichtiges	Thermometer	Wetter	Wasserstand in Millimetern
10.	6 1/2 „	744.18	- 2.6	ND. schwach	Sternenhell			
	9 „	743.18	+ 7.4	SW. z. stark	heiter			0.00
	10 „	743.84	+ 4.0	SW. mäßig	größth. bew.			

Sternenhelle Nacht. Herrlicher Morgen. Wolkloser Tag. Abends zunehmende Bewölkung. Nachmittags Winddrehung, Südwest ziemlich stark. Mondhof. Das Tagesmittel der Wärme + 2⁹ um 5⁵ über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

